

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., des
semestraligen Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Der unterzeichnete eingetragene Verleger
ist keine Gewerbesteuer überkommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Bl.“ gestattet.
Verleger: Dr. Richard R. 1149;
Verlagsdruckerei R. 176; Reichsgerichtsdruck-
erei R. 2265.

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Verboten die Spaltenzeitung oder sonst
Stamm mit 20 Pf., welche am 2. Okt.
20 Pf., bestimmt und in der Geschäfts-
stelle, den amtlichen Anzeigenblätter
und allen Anzeigen-Exemplaren an-
genommen. Restanten die Seite 75 ff.
Erachtet höchstlich pflichtlich;
Sonntag und Montag einmal,
sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, O. Brauhausstraße 17;
Verlagsdruckerei: Markt 24.

Der Ausgleich von Goslar.

Die Sturmansätze der nationalliberalen Jugendvereine
find verflungen. Ihre Versuche, die Partei zu einem Aus-
nach links zu veranlassen, sind gescheitert. Alles bleibt so,
wie es gewesen ist. Eine vaperne Resolution, durch die
der innere Zweckpunkt aus der Welt geschafft wird, deckt die
„Missbilligung“ Kritik sonst zu und die Goslarer Tagung
ging aus wie das berühmte Hornberger Schiefen.
Wenn weiter nichts der Hand der aus der Mitgliedschaft
kommenden Angriffe gegen die beiden parlamentarischen
Fraktionen gewesen ist, dann hätten die Nationalliberalen
im Lande lieber nicht so viel Aufhebens von ihrer kriti-
sierenden Aktion machen sollen. Durch ihren Unflut zu-
gunsten der bisherigen Haltung der offiziellen Parteileitung
haben sie keineswegs die nationalliberalen Chancen bei den
Wahlen im Lande verbessert. Nachdem sie durch ihre stürmische
Kritik an der Parteileitung in allererster Linie selbst das meiste
dazu beigetragen haben, die Stellung der Partei zu erschweren,
ist es doch eine recht sonderbare „Wolfs-“, die keineswegs
einen günstigen Eindruck auf die Wählererschaft machen kann,
wenn sie nun nachträglich den erst von ihnen diskreditierten
Standpunkt der Partei selbst gutheißt. Ja und Amen zu
allem jagen, was geschieht ist, und für die Zukunft den
Wahlkreis ansprechen, ebenso wie bisher „einmütig und
entschieden den Kampf für die bewährten Grund-
sätze der Partei zu führen“, und „auch fernerhin sich im
Sinne positiver Mitarbeit an den politischen Auf-
gaben des Volkes und der Einzelstaaten zu beteiligen.“
Damit ist doch die ganze politische Arbeit der national-
liberalen Fraktionen seit der Begründung der Zolltarif-
mehrheit in Braunschweig und Hagen als taktisch und grund-
sätzlich richtig anerkannt, und für die Zukunft der Fort-
bestand des Radnorff-Partells garantiert. Einen größeren
Eieg konnten die Herren Wassermann, Baasche, Pafsig,
Friedberg und Krause allerdings schwerlich erzielen.
Wohl auf seinen Parteitage ist so viel Dilettantismus
und Inkonsequenz jutage getreten wie auf dem von Goslar.
Allerdings nicht bei den nationalliberalen Führern der
Parlamente, die klar und konsequent auf der im Jahre 1902
einmal betretenen Bahn vorwärtschritten, vielmehr in der
Beurteilung politischer Fragen seitens der Sprecher aus dem
Lande. Wie durfte diese es so weit kommen lassen, ein
solches Bild absoluten Wirrwarrs vor den Augen der
Wählererschaft zu entrollen, wenn sie sich nachher dazu ver-
standen, alle Sünden zu vergeben und in das gleiche Horn
zu stoßen, wie die, deren politische Führung sie erst in maß-
voller Weite herabzogen. Für die Zukunft der national-
liberalen Jugendvereine kann diese Art von Volemmit, die
ihren Charakter im entscheidenden Augenblick selbst aufgibt,
äußert verhängnisvoll werden. Der nationalliberalen
Partei selbst aber haben die scharfen kritischen Angriffe
keineswegs sonderlich genützt, zumal ja die Politik der
Fraktionen keine Änderung erlitt, sondern der Kontakt
des Nationalliberalismus nach rechts hin ebenso wie früher
aufrecht erhalten blieb. Die „billige Unterwerfung“ der
Jugendvereine und der nationalliberalen Vertrauensmänner
unter den Fraktionswillen ist aber nach allem, was voraus-
gegangen, nur dazu angeht, die liberale Bevölkerung
flügig zu machen. Im Interesse der Partei wäre es ver-
nünftiger gewesen, der Stimmung der Nationalliberalen im
Lande weit mehr entgegenzukommen und aufst die übrigen

liberalen Gruppen wegen ihres angeblichen „Dogmatismus“
anzugreifen, die Möglichkeit eines taktischen Zusammengehens
für die Zukunft in Aussicht zu stellen. Davon aber ist in
den angenommenen Resolutionen leider mit keinem Wort
die Rede.
Statt dessen will die nationalliberale Partei selbst „den
Sammelpunkt für alle liberalen Elemente unseres Volks-
lebens“ bilden. Dieser Beschluß kann natürlich mit Saunen
aufgenommen werden, angedeutet aller politischen Vorgänge
seit der Jahren. Aber ist es möglich, daß von dem neuen
„Sammelpunkt“ noch weitere liberale Kreise mehr und
mehr abhinkten und nach links abwichen, als daß
die liberalen Bevölkerungsschichten sich um den an
die Parteien der Rechten und des Zentrums sich an-
lehrenden nationalliberalen Fraktionsnationalliberalis-
mus konzentrierten. Ein liberaler Sammelpunkt könnte
die nationalliberale Partei nur werden bei harter
Schwenkung nach links, nur dann, wenn sie auch einen
entscheidenden Kampf gegen rechts zu führen beabsichtigt,
was sie nicht vorhat. Ist es denn den Herren Wassermann
und Genossen entgangen, welche Wirkung ihre Stellung-
nahme seit 1902 auf die liberale Wählererschaft ausgeübt
hat? Das werden sich für die Partei damit an, als ihr
im Winter 1902 die „Nationalzeitung“ und mit ihr zahl-
reiche linksnationalliberale Kreise die Gefolgschaft bei der
Durchführung des Zolltariffs verlagten. Freilich machte
die „Nationalzeitung“, nachdem sie bald darauf in Parting-
sches Besitz überging, alsbald wieder eine Rechtschwenkung,
nachdem allerdings inzwischen ihre Agitation den Maß
verließ und erweitert hatte. Alle folgenden größeren par-
lamentarischen Aktionen, die eine markante liberale Stellung-
nahme der Nationalliberalen vermissen ließen, zitierten stets
weitergehende Meuten der nationalliberalen Presse und
Wählererschaft gegen die Fraktionen. Es war eine ein-
heitliche Stimmung im ganzen Lande, von der „Allgemeinen
Zeitung“ in Sachen des Schulkommissions bis zum
„Leipziger Tageblatt“ in Sachen der Fahrkartenerhöhung und
Ortsortverbänderung. Kein einziges Blatt im Lande wagte
die nationalliberalen Positionen zu verteidigen, konnte es auch
nicht. Und dieser Erkenntnis verhielt sich immer noch die
nationalliberale Fraktionsführung? Dazu kamen die
Wahlen: Hannover, Essen, Darmstadt, Altona-Flersloh,
Sagen-Schweinf, Spitzsinnar-Mitteln. Und das alles
machte auf die offizielle Parteileitung keinen Eindruck? Sie
glaubt sich immer noch auf dem rechten Wege? Die
Kompromisse nach rechts soll in alle Zukunft so fort-
gehen? Auf dieser Bahn wird allerdings die national-
liberale Partei sich um ihre Bedeutung bringen, wenn sie
auch noch so heftige Anstrengungen macht, durch eine mit
großen Geldmitteln geschilderte Parteitagung in zahlreichen
Wahlkreisen ihre schwankende Stellung zu beaupten. Sind
doch allein im Hochmurr Wahlkreis, um nur einen zu
nennen, ein Generalsekretär mit 12.000 M. und sechs oder
sieben Obmänner für die Zentralorganisation angeheilt, so
daß die Aufwendungen für diesen einen Wahlkreis allein
80.000 M. betragen. Was können aber alle solche enormen
Aufwendungen für einen Zweck haben, wenn die Wähler-
schaft der Überzeugung ist, in der nationalliberalen Politik
keine absolut höhere Gewähr für die Aufrechterhaltung eines
gesunden liberalen Staatspolitiks zu sehen. Mit
Hilfsnachfrage großer finanzieller Mittel allein wird der
Nationalliberalismus keine Siege erzielen.
Eine starke nationalliberale Partei ist eine Notwendigkeit

für unser politisches Leben, aber es schmerzt die Anhänger
der liberalen Weltanschauung und des Fortschritts, diese
Partei überall Seite an Seite mit den reaktionären
Fraktionsgruppen zu sehen. Positive Mitarbeit muß
geworden sein, wenn ein Staatsweilen vorwärts gebracht
werden soll, aber unter Umständen, wo es sich
um die Verhinderung reaktionärer Maßnahmen handelt,
ist sie durch eine politische Opposition zu ersetzen. Davon
hat man bisher herzlich wenig verstanden, während auf
Grund der gefügigen nationalliberalen Mitarbeit im Reich
und in Preußen leider nur allzuleb die Konserativen und
das Zentrum „regieren“. Die Goslarer Tagung hat den
taktischen Zwiespalt zwischen den liberalen Gruppen leider
nicht beseitigt und somit bedauerlicherweise zur Fortdauer
des seitherigen innerpolitischen Kampfes beigetragen, der
eben durch die Dmnmacht des Liberalismus charakterisiert
wird.
F. W.

Deutsches Reich.

- Der Kaiser ist gestern abend 9 Uhr 25 Min. von
Coblenz abgereist.
- Die Prinzessin Heinrich traf am Sonntag mit ihren
Söhnen auf Schloss Hellenberg ein.
- Die „Danub. Bl.“ meldet nochmals: Die in der letzten
Zeit in der Presse aufgetauchten Verdächtigungen von einem be-
stehenden Versteck der tschechischen Wladimirov
oder ihrer Wladimirov der tschechischen Wladimirov und der
tschechischen Kinder an dem großherzoglichen tschechischen
betreten jeder tschechischen Grundst.
- Der russische Minister des Auswärtigen Schoukow
wird sich in den nächsten Tagen mit seiner Familie auf kurzen
Urlaub nach Tergelien in Bayern begeben.

Deutsche Sprache.

Generalleutnant A. D. Eismann und Oberst A. D. Eißler führen
eine sehr beachtliche Episode gegen einander. In einem von der
„F. M.“ veröffentlichten Artikel folgte es man zu:
... Offizier hätte Herr Eißler nicht werden sollen; es wäre
doch besser gewesen für ihn selbst, die Arme über nicht
dabei verloren. Denn Herr Eißler verfügt zwar über sehr gute
geistige Gaben; aber die Hauptfrage, die für den Offizier-
beruf nötigen Eigenschaften, gehen ihm ab. Auch
hätte die mehr wie freisinnige Richtung, der er huldigt, ihn
veranlassen sollen, auf den Dilettantismus von vornherein zu
verzichten, oder — wenn er beim Eintritt ins Her, als Jüng-
ling, über diese Richtung noch nicht im klaren war, so hätte er
freiwillig den Abschied erbiten sollen, sobald er sich über
benutzt wurde. Auf solche Weise hätte er vor allem ge-
handelt. — Ein Geh der Eiserne Beteiligungsrechte bei der
geleitigen Verhandlung verdient noch hervorzuheben zu werden.
Er meint, ein aus in 100 Offizieren bestehendes Ober-
gericht würde ihn nicht vernichten haben! Die Unterstellung,
nachdem zwei Jünglinge minder liegend über den Treueid des
Offiziers denken sollen als die Kommandeure des aktiven Zwi-
schens, ist eine Zirkelarie, die wir auf das höchste zurück-
weisen. — Der Herr Eißler ist für uns erledigt. Wir haben
das sehr Vertrauen zu unserer Arme und ihrer Leitung, das
ein zweiter Fall dieser Art nicht erlitten werden wird.“
Darauf antwortete G. B. L. in „F. M.“:
Der Eismann, dessen Hyphantismus und Verstand-
losigkeit in militärischen Dingen ich neulich getuschelt habe,
ist durch das freisinnige Gewissen des Kommandeure in
einen bedrohlichen Zustand von Unruhe versetzt worden.
Es interessiert an sich die Eiferlichkeit ebenso wenig wie

Heuilleron.

Königin Luise während der Unglückstage von 1806.

Das neueste Seit der „Deutschen Rundschau“ ist zum
großen Teile dem Gedanken an die Unglückstage Preußens
vor hundert Jahren gewidmet. Der ritterlich stolze Gehalt
des Prinzen Louis Ferdinand ist ein Erinnerungsbild
geblieben; in dem rührenden Abschiedsbrief eines bei Jena
gefallenen jungen Offiziers an seine Frau lebt die reine
Ehrung und die fürchterliche Tragik jener Tage vor uns
auf, und in einem Aufsatz, der das Verhältnis des Herzogs
Karl August von Weimar zu Napoleon schildert, wird
uns die ungeheure Macht und die grenzenlose Mächtis-
losigkeit des Korps vor Augen geführt. Die schönste Gabe
aber spendet unser Direktor der königlichen Staatsarchive,
Gebl. Archivar Dr. Paul Vailken, der mit Benutzung reicher
ungegründeter Materials, vor allem des Briefwechsels der
Königin mit ihrem Gatten, aus dem Hintergrunde dieser
Unfälle und traurigen Zeit das helle Bild der Königin
Luise zeichnen.
Die Königin begleitete ihren Gemahl in das preussische
Sauptquartier zu Plauenburg. Obwohl sie an schmerz-
haftem Kopfweh litt, so fuhr sie doch in der hellen Her-
sinnung aus, weiß geliebt, mit einem Gut von Kornblumen
und Cyanen. Überall jubelte man der hohen Erscheinung
zu, und sie neigte sich dann wohl aus dem Wagen und
meinte zu den um das Gefährt stehenden Leuten: „Et, ihr
Leuten, was lauft ihr mir denn so nach, ich bin ja auch
weiter nichts als eine Soldatenfrau.“ Während im Heere
schwankende Stimmungen, Siegeshoffnung und Verzwei-
felung, miteinander rangen, lebte Luise in einem stolzen Ver-
trauen auf die Tüchtigkeit der Arme und in fester Zuver-
sicht auf die Hilfe des ihr so eng befreundeten Kaisers
Alexander von Rußland. Ihre starke Energie, die
Macht ihres Urteils, dabei die wunderbare Verbindung

echt weiblicher Anmut mit vornehmer Würde, hoben sie
verklärt aus der Umgebung ihres Hofes empor, nicht nur
wenn sie Generale und Diplomaten um ihren Rat und Tat in den
Gang der Ereignisse einführte.
Am 10. Oktober in Plauenheim trat ihr zum ersten
Male das fürchterliche Schicksal des Krieges in greifbarer
Gestalt vor Augen, doch sie verließ den König und die
Arme noch nicht, sondern folgte dem Vormarsch der
Truppen nach Weimar und dann bis vor Auerstädt, wo
sie gar bald ihr Schicksal und das Schicksal ihres Landes
entscheiden sollte. Hier erst entschloß sie sich auf den
energischen Widerpruch des Herzogs von Braun-
schweig hin, von dem Gemahl und dem Heere zu trennen.
Sie lehrte nach Weimar zurück und schrieb von hier aus
am 13. Oktober abends an den König einen Brief, der die
Zunigkeit ihrer Liebe und die fieberhafte Spannung ihres
ganzen Lebens deutlich spiegelt:
„Gott laß mich auf allen Wegen, theurer, lieber
Freund. Es muß Dir gut gehen, denn Du bist der bravste
Mann deiner Zeit. Ich hoffe bald was gutes von Deiner
Arme zu hören. Alle, denen ich begegnete, waren ganz
voll von Freude, als sie hörten (die Truppen nämlich), daß
die Franzosen nahe und gleich morgen eine starke Affaire
sein würde. Gott stärke Dich! und gebe Dir eine tüchtig ge-
wonnene Schlacht! ... Ich bitte Dich liegend, schide mir
doch Nachricht von Dir. Du begreift, wieviel mit daran liegt
in diesem Moment. Ich spreche von nicht, was aus
sonst betrifft, es ist nicht der Augenblick, sich auf irgend
eine Art weis zu machen. Ich liebe Dich wahr und innig
und bete für Dich! Adieu.“ Und als letztes Nachwort
fügt sie dem Schreiben die Worte bei: „Ich darf Dich noch
einmal bitten, nehme mehr Vertrauen zu Dir selber und führe
das Ganze, es geht gewiß besser.“
Die Nachricht von der fürchterlichen Niederlage, die
unterdessen Preußens Macht zerrümmert, erhält sie am
17. Oktober, wenige Stunden von Berlin entfernt. Sie
wendet ihre ganze Kraft auf, um diesen Schlag mit Fassung
zu ertragen; unergründet ist ihr Glauben an den Mut der

„göttlichen Arme“, an die feste Treue und Hingabe des
Volkes für sein Herrscherhaus. Stolz und trübend schreibt
sie an den König: „Du bist mein einziger Gebante gemein
während meiner ganzen großartigen schrecklichen Reise. Dich
als ohne mich zu wissen, ist schrecklich. Lediglich hoffe
ich, daß doch nicht alles verloren ist, und daß Gott uns
noch helfen wird. Du hast noch Truppen, und das soll
betet dich an und ist bereit, alles zu tun. Gott segne dich
und schicke dich in dem grauamsten Augenblick deines
Lebens. Er gebe dir allen nötigen Mut und verlaße dich
nicht.“
Da die Königin in Berlin vor dem Feinde nicht mehr
sicher ist, so verläßt sie, nachdem in der Nacht alles eilig
zusammengedrückt worden ist, das Schloß, um mit dem
König wieder zusammenzutreffen. Ihr Mut ist ungebrochen;
die warme Anteilnahme, die ihr überall entgegengetre-
ten, beweist ihr, daß die Bürger in Not und Tod zu ihrem
König halten. „Die Nachricht der unglücklichen Bataille“,
schreibt sie an den Gemahl vom 20. Oktober aus Stettin,
„hast sie niederschlagen, das ist mir noch mehr erbittert
gegen den Feind, und ihre Anhänglichkeit, Ergebnisset für
Dich, für ihren König und Vaterland noch vermehrt.“ Es
ist unbeschreiblich, was sie Dich lieben, als Aufopferung
bereit zu bringen, ihr Blut und Gut; die Gelegenheiten,
als sie nicht auf, Dich zu schätzen! Benutze die Gelegenheiten,
wollen seinen schändlichen Frieden.“
Auch als die Königin in Pärzin wieder mit dem König
zusammentrifft, ist es die, von dem Unglück des Landes
im Inneren erregt, eine Erhebung des ganzen Volkes
gegen die Unterdrücker, ein führes Weiterkämpfen schließ-
lich möglich, während der König in resignierendem Gleichmut
von seinem Volke nichts mehr erwartet und nur Frieden
will. Dem Einfluß der Königin ist nun haupt-
sächlich, wie erst durch Wallen deutlich erkannt und erwiesen
werden ist, die Ablehnung des durch Napoleon unter-
schmisslichen Bedingungen angebotenen Waffenstill-
lands zu verdamnen, und zu geht von ihr so eigenlich
einer der folgenschwersten Entscheidungen im Leben Preußens

Ausland. Die russischen Wärrer. Der Kabinettsrat.

Auf dem Kongreß der Kabinettsrat kam es zur letzten Entscheidung über den bereits mitgetheilten Beschlusse... durch welchen der Kongreß der Wärrer durch den gegenwärtigen Angelegenheiten aber zur Durchföhrung des pöflichen Widerstandes als nicht geeignet betrachtet.

Eine allgemeine Gesellschaft in Finnland.

Der Generalgouverneur von Finnland forderte den Senat über den Zweck und die Thätigkeit der gemeinen Organisationskommission zu Deutlichkeits Unterstüzung anzufragen.

Die russischen Finanzen.

Das Ansehen des russischen Finanzministeriums hat sich in den letzten Jahren außerordentlich gehoben... durch die in dem erwähnten Gesetz angeordneten Finanzen.

Der in Paris eingetroffene Graf Witte hat Herrn Anselm von Maltin, der seit langem seine vöfentlichen Geschäfte in eine Unternehmung gewandt.

Eine englische Kundgebung.

Die monarchischen Parteien planen in Moskau eine englische Kundgebung anläßlich des Eintreffens einer englischen Deputation.

Der Kriegszustand.

Ein kaiserlicher Ukas ordnet an, daß in der Stadt und im Distrikt Gorkon der Kriegszustand durch den Zustand der vertheidigten Städte ersetzt wird.

Streikansetzungen in Kanada.

In Buckingham sind die Arbeiter der Eisenwerke in den Ausstand getreten. Die Ausständigen haben den Betrieb der Werke zu lösen verhindert.

Der deutsche Wettbewerb in Siam.

Das Bangkok wird gemeldet: Das Angebot einer deutschen Gesellschaft zur Ausrüstung von Eisenbahnmaterial im Werte von 1,532 Pfund Sterling ist angenommen worden.

Die mandchurische Frage.

Die sinesische Regierung hat bei dem Internationalen Telegraphenbureau in Peking Beschlüsse durchgeföhrt, daß Japan immer noch die Kontrolle über den mandchurischen Telegraphenbetrieb ausübt.

Wetter-Aussichten.

- (Auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.) 10. Oktober: Wolkig mit Sonnenheilen, teils bedeckt und trübe, Regen, milde. 11. Oktober: Bewölkt, vielfach mit Regen, teils heiter, milde, Nebel. 12. Oktober: Weist trübe mit Regenfällen, frühweisse Heiter, Nebel, milde.

Metereologische Station zu Halle. Table with 2 columns: Date and Time, and 2 columns: Barometer, Thermometer, etc. Values include 756.5, 13.5, 80.7, etc.

Wetterung: Otto Sonne. Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Hermann; für den literarischen Teil: Dr. Fritz Hermann; für den wissenschaftlichen Teil: Dr. Fritz Hermann; für den künstlerischen Teil: Dr. Fritz Hermann.

Advertisement for 'Kalodont' toothpaste. Text: 'Überall zu haben. Kalodont. unentbehrliche Zahn-Crème erhält die Zähne rein, weiss und gesund.'

drückte Kandelaber stehen vor dem Reichentor vier gewaltige Feuerfäden zum Himmel emporsteigend. Die Straße selbst erstarrte in diesem Not vom Glanze bengalischer Feuer.

Nationalliberalen Vertretung in Goslar.

(Nachdruck verb.) Hg. Goslar, 7. Okt. Nach der Mittagspause erhielt Dr. Vogt, Danksagung das Wort zur Begründung der bereits mitgetheilten

Protestresolution gegen den Ständischen Ministerialerlass in der Lehrerbildungsfrage.

Zweifellos war für unsere Abgeordneten vielfach bei der Zustimmung zum Volksschulgesetz entschieden, daß sie damit am weitesten gingen, um einer heftigen Lehrerbildung zu gelangen. (Sehr wahr!) Die innererliche Verbindung der Lehrer im Eltern geselschaft geradete eine für einen modernen Staat bringende notwendige Volksschule. (Stürmischer Beifall.)

Ständischer Schwenk-Überwachen-Vorstand stößt sich diesen Darlegungen an. Die materielle und soziale Stellung des Lehrstandes, der heute eben noch über dem Vorkriegszustand, bedürft einer Aufhebung. Der Sozialismus misse sich nicht an dem Schicksal der Arbeiter zu hoch gebührend, Sorgen wir dafür, daß das Volksschulgesetz bald eine neue Richtung nimmt und einen neuen Etennumm ergibt. (Stürmischer Beifall.)

Die nationale-liberale Partei und Mittelstandspolitik.

Die Partei habe sich von jeder des Mittelstandes in Stadt und Land angenommen. Aus diesen Gründen habe sie den Maßnahmen zugestimmt, welche dazu dienen, den künftigen Mittelstand aus jeder Nothlage herauszuführen. In einer früheren Sitzung befand sich Herr Vogt, daß die Partei in der Stadt und im Umland ein beträchtliches Landbesitzes in der Hand habe, ein solches dauernd gewonnenes Umland zu besitzen zu können. (Sehr wahr!) Von dieser Stelle her müsse er sein lebhaftes Bedauern ausdrücken, daß die preussische Regierung nicht nur die Lehensbesitzer, sondern auch die Bauern der Provinz zu dem unpopulären gemacht hat. (Stürmischer Beifall.)

Der Vertreter der nationalliberalen Partei begrüßt mit Genehmigung die Ausführungen des Abg. Vogt über Mittelstandspolitik und betont insbesondere die Bedeutung der Volksschule. Er erhoht von der Mitarbeit der Abgeordneten im Reichstag einen willkürlichen Schritt von Handwerk, Industrie und Handel gegen die schädlichen Auswirkungen des Ausverkaufens. Dazu ist allerdings eine Kontrolle durch die gewerblichen Verbände erforderlich.

Weitere Resolutionen sprechen sich für baldige Verabschiedung des Wandarbeiter-Gesetzes, für die Einrichtung von Arbeitervereinen und für die Bekämpfung des Elends. Der Vorsitzende dankt dem Redner für seine Ausführungen und dankt dem Reichstag für die Unterstützung des Gustav Adolf-Festivals, an dem wir uns beteiligen werden.

den Wunsch aus, daß die Verbindungen im Geiste christlicher Duldben gefördert werden möchten. Aber dieser Geist dürfe nicht in ungeliebte Mächte und Schwärze Unterdrückungen gegenüber ansetzen. (Sehr richtig!) Der frühere Graubündener Pommer Dietrich habe gesagt, wie man aus Unterdrückungen gegenüber Duldung leben könnte. Was ihm zum Heiden der Freigedanktenpolitik anging, so habe er den Gedanken der Freigedanktenpolitik gegenüber ausgesprochen: 'Wir glauben alle an einen Gott und die Liebe verbindet uns alle.' (Sehr wahr!) Willen den Willen der einzelnen Katholiken seien dann in Folge 1908

Die Jesuiten

in die Stadt gekommen und da habe die Anstalt eines Tages im Plunseln gefangen; (Sehr wahr!) sie sei nie wieder angeht worden. (Sehr wahr!) Nebenher schloß mit einem begeisterten Aufbruch den von dem heiligen Vater als den höchsten Schatz der evangelischen Kirche.

Ein Ansehen des Evangelischen Oberkirchenrats begriffe darauf Konstitutionspräsident Meyer den Widerspruch. Er habe den Auftrag, dem Evangelischen Bund den bezüglichen Gegenstand vom Oberkirchenrat zu entziehen und zugleich als Vertreter für die Jesuiten einen aufständigen Willkommenszug.

Die Tagung des Evangelischen Bundes ist hochbedeutend nicht nur für die evangelische Kirche, sondern auch für die vaterländischen Interessen. Die diesjährige Tagung fände in einer Gegend statt, wo der evangelische Glaube und das Deutschtum in einem hohen Maße verbunden sind.

Die Tagung des Evangelischen Bundes, die in einer Gegend stattfindet, wo der evangelische Glaube und das Deutschtum in einem hohen Maße verbunden sind, ist hochbedeutend nicht nur für die evangelische Kirche, sondern auch für die vaterländischen Interessen.

Ziele und Aufgaben des Evangelischen Bundes.

Er legte seine Rede das Wort des Apostels Paulus an dem ersten Kirchentag zugrunde: 'Durch Gottes Gnade bin ich, was ich bin, und Gottes Gnade ist an mir nicht vergeblich gewesen.' Vor 20 Jahren wurde der Evangelische Bund gegründet. Am 5. Oktober 1888 fand in Guxtal die denkwürdige Versammlung statt, aus der von 67 Teilnehmern die Föhrung des Evangelischen Bundes erklärt wurde.

Das Ziel der Bewegung ist die Verwirklichung der christlichen Ethik in der Gegenwart. Die Aufgabe des Bundes ist es, die christlichen Grundsätze in der Gegenwart zu verankern und sie in der Zukunft zu verankern.

Die Aufgabe des Bundes ist es, die christlichen Grundsätze in der Gegenwart zu verankern und sie in der Zukunft zu verankern. Die Aufgabe des Bundes ist es, die christlichen Grundsätze in der Gegenwart zu verankern und sie in der Zukunft zu verankern.



